

Sehr geehrter Herr Klemm,

da Sie mich in Ihrem Rundschreiben vom 17. Dezember 2013 persönlich ansprechen, habe ich natürlich als höflicher Mitbürger auch das Bedürfnis, Ihnen und allen Ihren Mitstreitern auf den von Ihnen formulierten „Wunschzettel“ konkret zu antworten.

Sie wünschen sich, dass ich die „Schwachstellenanalyse“ beende und praktikable, für die Kommunen und ihre Bürger umsetzbare Lösungen suchen soll. Weiter schreiben Sie: „Es muss im Wortsinn die Basis einer ‘Energiewende‘ gestaltet werden, ohne gleich die Revolution auszurufen, weil die in der bequemen Ecke beim deutschen Michel wohl keine Mehrheit finden wird“.

Eine „unumstößliche Argumentation“, verständlich „für Bürger aller Bildungsstände“ ist sicher die nicht zu widerlegende Tatsache, dass die Daseinsvorsorge von den Kommunen in den 90iger Jahren des vorigen Jahrhunderts an sehr geschäftstüchtige Unternehmen verkauft wurde. Alle damit verbundenen Versprechen dieser Unternehmen, dass

- die Städte und Gemeinden erhebliche Kosten einsparen werden;
- die Bevölkerung besser und effizienter mit Energie, Wasser u.a. Leistungen versorgt wird;
- die Preise für die Kunden sinken werden;
- sich das Angebot, die Qualität und der Service für die Kunden verbessern werden;
- mehr Arbeitsplätze geschaffen werden und dass
- die Städte und Gemeinden an den Gewinnen maßgeblich beteiligt werden,

wurden nicht eingehalten. Im Gegenteil, die Konzerne für die „Daseinsvorsorge“ haben sich seit ihrer Gründung als äußerst skrupellose und profitgierige Unternehmen erwiesen und ihre Preise von Jahr zu Jahr ständig erhöht. Besonders anschaulich und allgemein verständlich ist dieser Sachverhalt für die Energieträger „Strom“ und „Gas“ in meinem Vortrag „Daseinsvorsorge – wichtige Grundlage einer gesunden Basisdemokratie in den Städten und Gemeinden Deutschlands“ dargestellt (siehe auch http://www.dr-schacht.com/Daseinsvorsorge_Vortrag.pdf). Im Rahmen der von mir durchgeführten „Schwachstellenanalyse“ habe ich auch nicht verschwiegen, dass die klassische Daseinsvorsorge, d.h.

die staatliche und kommunale Aufgabe, unseren Bürgerinnen und Bürgern die erforderlichen Leistungen und Güter für ein sinnvolles und würdiges menschliches Leben kostengünstig und in guter Qualität bereitzustellen,

für die Stromkunden des E.ON-Konzerns endgültig abgeschafft wurde

(siehe auch http://www.dr-schacht.com/Die_Daseinsvorsorge_wurde_endgueltig_abgeschafft.pdf).

Schließlich sollten unsere Bürgerinnen und Bürgern auch wissen, dass der Ausverkauf des „Tafelsilbers“ der Städte und Gemeinden an clevere Unternehmer noch immer in vollen Zügen läuft. Mit Unterstützung der Bundesregierung wird z.Z. im Rahmen des ÖPP - Beschleunigungsgesetzes der gesamte Komplex des sozialen Wohnungsbaus privatisiert.

Obwohl jeder mündige Bürger weiß, dass nur die Energiekonzerne von der „Neuen Energiepolitik“ profitieren, versuchen Sprecher von Bürgerinitiativen uns krampfhaft einzureden, dass wir mit einer „unumstößlichen Argumentation“ bei den neuen Politikern ein Paradigmenwechsel in der Energiepolitik erreichen können. Wie sollen Bürger aller Bildungsstände Ihre Formulierungen verstehen? Wenn Sie tatsächlich noch glauben, die Kanzlerin, die Minister und Staatssekretäre könnten die Vorstände der Energiekonzerne E.ON,

RWE, Vattenfall Europe und Energie Baden-Württemberg überzeugen, von ihren Gewinnplänen Abstand zu nehmen, dann sollten Sie sich schleunigst mit ihnen (den Vorständen!) an einen Tisch setzen. Schon nach wenigen Minuten würde Ihnen klar werden, wer für die Sicherung des Wachstums der Profite verantwortlich ist. Selbst der deutsche Michel in der bequemen Ecke wird das eines Tages begreifen und Sie fragen: „Warum diskutieren Sie mit den Politikern und nicht mit den Vorständen der Energiekonzerne?“. Sie wissen doch: „Wer die Netze besitzt, dem gehört auch die Energieversorgung!“. Wer bestimmt nun die absurden Entwicklungstendenzen in der neuen Energiepolitik? Meinen Sie wirklich Frau Dr. Merkel und ihre Minister?

Trotz meiner großen theoretischen und praktischen Erfahrungen in der sozialistischen und kapitalistischen Energiewirtschaft bilde ich mir nicht ein, dass ich Ihre mir z.T. völlig unverständlichen Auffassungen und Argumentationen zur Energiepolitik in irgendeiner Art und Weise beeinflussen kann.

Das Problem:

Ich habe 17 Jahre in der Geschäftsführung des heutigen E.ON-Konzerns gearbeitet, Sie nicht!

Mit den Lobbyisten der Konzerne in der Politik über die „Neue Energiepolitik“ zu diskutieren bzw. zu verhandeln ist m.E. so gut wie aussichtslos. Wenn sie nicht tun, was die Konzerne verlangen, werden sie ausgetauscht. Selbst kleine Kompromisse bei der Installation von Windkraftanlagen im Liepnitzwald ändern nichts an diesem Sachverhalt. Bei guter und kräftiger Gesundheit können Sie die Gespräche auf der Grundlage der „demokratischen“ Spielregeln noch viele Jahrzehnte fortsetzen.

Erste Vorschläge:

1. Einladung der Vorstände von E.ON und Vattenfall Europe (ggf. ihre kompetenten Vertreter) zu allen Veranstaltungen der BI;
2. Gemeinsame Diskussion von aktuellen Fragen der „Neuen Energiepolitik“ (Einsatz von Windkraftanlagen und Solaranlagen zur Deckung der Grund- und Spitzenlast, Warmhaltebetrieb von klassischen Kraftwerken zur Deckung der Spitzenlast an kalten Wintertagen, erforderlicher Ausbau der konzerneigenen Netze, Kosten, Strompreisentwicklung usw. usw.)
3. Warum kein Strom aus modernen Kernkraftwerken für 20 Cent/kWh (wie in Frankreich!) sondern nur Strom aus Windkraftanlagen für 40 ... 50 Cent/kWh? Wo bleibt der Wettbewerb?
4. Möglichkeiten der Übernahme der Netze und Kraftwerksanlagen in die Hände der Kommunen;
5. Ausführliche Information der Bürgerinnen und Bürger über die Ergebnisse ihrer Aktivitäten unter Einbeziehung der Presse.

Leider ist nicht auszuschließen, dass sich die Vorstände weigern, an Ihren Veranstaltungen teilzunehmen und dass Sie in dieser Frage erneut an ihre Politiker und Lobbyisten verwiesen werden. Auch solche Erfahrungen sind äußerst nützlich und fördern sehr den Denkprozess.

Ich nutze die Gelegenheit und wünsche allen Leserinnen und Lesern meiner Internetseiten ein erholsames Weihnachtsfest und ein gesundes, glückliches und erfolgreiches Jahr 2014.

Mit freundlichen Grüßen

Dr. Wolfgang Schacht

Anlage

Ihr Schreiben vom 17. Dezember 2013

Sehr geehrter Herr Dr. Ufer, Herr Dr. Rasim und Herr Dr. Schacht!

Liebe mitlesende Freunde aus den mir bekannten BI's!

Es ist bald Weihnachten und da kann man sich ja auch mal etwas wünschen. Ich tue es heute und hoffe auf eine positive Resonanz von allen – Weihnachten eben...

Wir "kennen" uns zum Teil nur medial über den Austausch von Informationen, Argumenten zur bisherigen Entwicklung von Windkraftwerken und anderen Ergänzungstechnologien aus dem Fundus von Veröffentlichungen zur s.g. "Energiewende" im Land. Ich möchte Sie heute daher als Fachleute aus dem Energiebereich bitten, sich aus der Ebene der Schwachstellenanalyse und deren mehr als berechtigter Kritik, hin auf die Suche nach praktikablen, umsetzbaren Beispielen für die Kommunen sowie Bürger zu machen. Es muss im Wortsinn die Basis einer "Energiewende" gestaltet werden, ohne gleich die Revolution auszurufen, weil die in der bequemen Ecke beim deutschen Michel wohl keine Mehrheit finden wird. Aus meiner Sichtweise sollte daher eine unumstößliche Argumentation, handhabbar für Bürger aller Bildungsstände, hin zu einem Paradigmenwechsel in der Energiepolitik stehen. Wir müssen den Weg raus aus dem fast paranoiden Erzeugungswahn, hinein in den Einsparmodus positiv erlebbar machen. Wir müssen die Worthülse "Nachhaltigkeit", die immerfort völlig undifferenziert als Alibi oder Modefloskel benutzt wird, mit praktischen Beispielen zum Erlebbareren wandeln. Diesem Begriff muss ein Wert zuwachsen, so dass er auch für kühle Wirtschaftsrechner von Bedeutung wird. Wir sollten den neuen Wirtschafts- und Energieminister auf uns aufmerksam machen und die von anderen mit Euroaugenschlag längst ausgeschlagene Hand nochmals darreichen. Nimmt er (Herr Bundesminister Gabriel daher im Cc. enthalten) an und sucht sich seine Berater nicht nur unter den vom Vorgänger berufenen altbekannten Lobbyisten aus, sondern zum Beispiel auch aus Ihrem/unseren Kreis, dann wäre es zumindest ein Lichtblick mit Hoffnungspotential für das langjährige Streiten für eine effizientere Energiepolitik, von so vielen aufrechten Mitbürgern.

Nachhaltig ist doch nur, was bei gleichem oder höherem Gebrauchs- oder Nutzwert ein deutlich geringeren Einsatz an Ressourcen aller Art ohne Ausnahme nachweist. Einen Anschlag dahin könnten kurzfristig, degressiv eingesetzte Subventionen sein. Auf keinen Fall darf mehr mit Langzeitsubventionierung von Gewinnspannen der Erzeuger um den Bau immer neuer Erzeugerkapazitäten gebuhlt werden. Weniger statt mehr, das sollte zur politischen Grundlage jeder Entscheidung, jeder DIN-Veränderung, jeder Gesetzesinitiative werden. Dafür bedarf es auf allen Ebenen wortstarker Mitmacher und Duplikatoren. Wir haben keine Zeit auch nur einen Weggefährten zu verprellen oder gar auf Dauer zu verlieren. Sie alle sind Protagonisten einer klaren Sprache und verfügen über den notwendigen technisch/ökonomischen Sachverstand. Ich bitte Sie, mit den Ihnen eigenen progressiven Argumenten im Zirkel der Teilnehmer unserer E-Mailströme ein Netzwerk ins Leben zu rufen, um ab sofort die Politik umfassend mit Positivnachrichten zum Einsparen zu bewegen, durch permanenten medialen Dauerdruck dahin zu zwingen. Bilden wir einen Wissenspool der verbreitungswürdigen Beispiele und den medialen Mülleimer des Vergessens für unsinnige Veröffentlichungen, Gesetze, usw. usf. Schicken wir Montags die positiven und Freitags die Botschaften zum Vergessen raus an alle zuständigen Minister, Staatssekretäre und die Kanzlerin, so dass sich keiner herausreden kann – wir haben es nicht besser gewusst...

Nehmen wir die vielen freien Wissensträger und Verbände mit ins Boot wie:

www.savetheeaglesinternational.org

World Concil for Nature - www.wcfn.org

www.vi-rettet-brandenburg.de

www.epaw.org

www.Stromlüge.de

www.eike-klima-energie.eu

www.vernunftekraft.de

ak-altenerg@gmx.de

...

und hunderte BI's landesweit zum sammeln dieser Spar-Nachrichten aus aller Welt und beraten Sie, wer zukünftig den Briefträger dafür gibt.

Mit freundlichen Weihnachtsgrüßen

Hans Jürgen Klemm

Sprecher der Bürgerinitiative